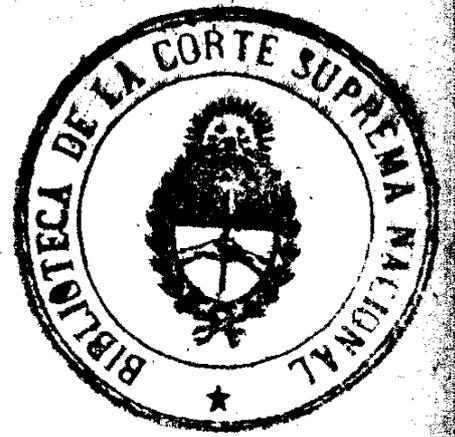


- Nr. 34 Beschluß vom 28. November 1967 (1 BvL 29/64). Zur Zulässigkeit einer Vorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG; Erheblichkeit der Gültigkeit einer Vorschrift für die Entscheidung des vorlegenden Gerichts . . . . . 369
- Nr. 35 Beschluß vom 29. November 1967 (1 BvL 16/63). Zulässigkeit einer Vorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG; keine Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Gericht und dem übergeordneten Gericht über die verfassungsmäßige Auslegung einer Norm . . . . . 373
- Nr. 36 Beschluß vom 29. November 1967 (1 BvR 175/66). Verfassungsmäßigkeit der Verpflichtung der Banken zur Einbehaltung und Abführung der Kuponsteuer . . . . . 380
- Nr. 37 Beschluß vom 12. Dezember 1967 (2 BvL 14/62, 3/64, 11/65, 15/66 und 2 BvR 15/67). Rechtsbestand der durch G 131 gewährten Versorgungsrechte von Hinterbliebenen. Verfassungsmäßige Garantie des Alimentationsanspruchs nur desjenigen Beamten, der sich nicht in Widerspruch zu der freiheitlich-demokratischen Ordnung setzt. Nachprüfung richterlichen Verhaltens auch außerhalb eines richterlichen Disziplinarverfahrens . 387

## INHALT

- Nr. 26 Beschluß vom 25. Juli 1967 (2 BvR 586/63). Überbesetzung eines Zivilsenats. Heranziehung der einzelnen Mitglieder eines Spruchkörpers zur Beschlußfassung. Rechtliches Gehör in zweiter Instanz . . . . . 282
- Nr. 27 Beschluß vom 17. Oktober 1967 (1 BvR 760/64). Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde; keine Verfassungsbeschwerde gegen Bestrafung wegen Ersatzdienstverweigerung (Dienstflucht) bei rechtskräftiger Feststellung der Ersatzdienstpflicht im vorausgegangenen Verwaltungsverfahren . . . . . 287
- Nr. 28 Beschluß vom 18. Oktober 1967 (1 BvR 248/63 und 216/67). Keine Verfassungsbeschwerde gegen Verordnungen des Rates und der Kommission der EWG . . . . . 293
- Nr. 29 Beschluß vom 25. Oktober 1967 (2 BvL 5/65). Unzulässigkeit einer Vorlage (Hess. Ausführungsgesetz zur VwGO; Kostenfestsetzung) . . . . . 299
- Nr. 30 Beschluß vom 7. November 1967 (2 BvL 14/67). Umfang der richterlichen Entscheidung über Rechtmäßigkeit einer Arreststrafe (§ 28 Abs. 1 WDO); verfassungskonforme Auslegung 311
- Nr. 31 Beschluß vom 8. November 1967 (1 BvR 60/66). Keine Wiederaufnahme gegen rechtskräftige Strafverfügungen . . . . . 322
- Nr. 32 Beschluß vom 15. November 1967 (2 BvL 7, 20, 22/64). Rückwirkende Gültigkeitserklärung der Abführung von – durch Umsatzsteuerbefreiung erzielten – Ersparnisbeträgen bei der Milchverarbeitung an die Milcherzeuger durch rückwirkende Erhebung einer Verordnung in Gesetzesrang; Überschreitung des Rahmens einer Ermächtigung (Milch- und Fettgesetz) . . 330
- Nr. 33 Beschluß vom 28. November 1967 (1 BvR 515/63). Pflicht zur Erschöpfung des Rechtswegs bei Versagung des Armenrechts durch Bundessozialgericht. *Feststellung* der Verfassungswidrigkeit bei Verstoß einer begünstigenden Regelung gegen Art. 3 Abs. 1 GG, wenn Nichtigkeitserklärung nicht möglich ist. Aufhebung der auf der verfassungswidrigen Regelung beruhenden Gerichtsentscheidung und Aussetzung des Verfahrens. Verfassungsmäßigkeit der Gewährung einer Beitragserstattung aus der Angestelltenrentenversicherung nur an die Witwe, nicht an die Waisen eines Versicherten . . . . . 349

ENTSCHEIDUNGEN  
DES  
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS



Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

22. Band · Lieferung 3—4



1968

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN